

Öffentliche Sitzung
 des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 07.12.2022
 im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:11 Uhr

Ende: 18:39 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

ab 16:21 Uhr.

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Die Linke

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Integrationsrat

Herr Integrationsrat Deepak Bawa

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Frau Susanne Fried

Herr Jonas Grill

Herr Ralph Häcker

Herr Gerhard Hackner

ab TOP 5.

Herr Gerd Hägele

Frau Katharina Lampe

Herr Helmut Ott

Herr Klaus Stemmler

Gast

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Abwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

SPD

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Die Linke

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

T a g e s o r d n u n g

=====

- 1** Landesnachwuchsstützpunkt Skisprung Schwäbisch Gmünd–Degenfeld
- 2** Zuschüsse an die Mitgliedsvereine des Stadtverbands Musik und Gesang; Mittelverteilung 2022
- 3** Investitionskostenzuschuss zur Erneuerung und Erweiterung der sanitären Anlagen im Haus Luise im Kinder- und Familienzentrum Vinzenz von Paul
- 4** Festival Europäische Kirchenmusik
 - Abschlussbericht zum Festival 2022
 - Planansatz für das Festival 2024
- 5** Änderung der Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd
- 6** Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung)
- 7** Neufassung der Geschäftsordnung für die Betriebsleitung des Eigenbetriebs "Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd" mit Vertretungsregelung
- 8** Bekanntgaben
- 8.1** Schließung der Dienststellen
- 8.2** Tempo 30 in der Gutenbergstraße
- 9** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung. Er weist auf ein Projekt ukrainischer Kinder hin, dass in Zusammenarbeit zwischen der Schillerschule und des Vereins Staufersaga e.V. entstanden sei. Die Aufführung finde am Abend in der Theaterwerkstatt statt, zu der er alle herzlich einlädt.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Landesnachwuchsstützpunkt Skisprung Schwäbisch Gmünd–Degenfeld Vorlage: 212/2022

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Allgaier (Schwäbischer Skiverband), Herrn Ziegler (SC Degenfeld) und Herrn Kümmel (Stadtverband Sport).

Herr Arnholdt erläutert den Sachverhalt.

Herr Ziegler berichtet von den vergangenen Projekten. Die Skisprungschanze habe man gebaut, Degenfeld sei seit 2018 Olympiastützpunkt, der mit einer Trainerstelle versorgt werde.

Herr Allgaier bedankt sich ebenfalls. Man setze auf den Standort Degenfeld.

Stadtrat Schneider/CDU bedankt sich für den Vortrag. Es sei eine tolle Anlage und ein super Trainer, man müsse es unterstützen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Vorstellung. Man trage es gerne mit. Er erkundigt sich nach der finanziellen Beteiligung des Schwäbischen Skiverbands, ggf. auch an anderer Stelle am Stützpunkt. In der Vorlage von vor vier Jahren sei bereits ein „wird“ beim Konzept mit den Stadtsportlehrern enthalten, sei seither nichts passiert? Außerdem erkundigt er sich, wie viele Kinder aktuell trainiert werden würden.

Herr Allgaier antwortet, dass der meiste Anteil der 35.000 Euro vom Schwäbischen Skiverband komme.

Herr Ziegler führt aus, dass der Trainer versucht habe, letztes Jahr an Schulen Aktivitäten zu schaffen, bspw. ein Sporttag in Schulen. Es sei aber sehr schwierig gewesen. Momentan habe man zwischen 35 und 40 Kinder, die im Skisprung trainiert werden würden.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass es gut angelegtes Geld sei.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE signalisiert ebenfalls Unterstützung. Er erkundigt sich, welche Möglichkeiten für eine mobile Skisprunganlage gebe. Manchmal sei es sinnvoll, direkt in die Sportfachschaften hineinzugehen.

Herr Arnholdt äußert, dass man momentan noch nicht so weit sei, wie man es gerne hätte. Man solle nochmals an die Schulen gehen. Der Weg über die Sportfachschaften sei ein guter.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass die erfolgreiche Arbeit fortgesetzt werden müsse.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste signalisiert ebenfalls Zustimmung. Sie erkundigt sich, ob man sich schon Gedanken gemacht habe, wenn es künftig keinen Schnee mehr gebe.

Herr Ziegler antwortet, dass man eine große Naturschanze habe, man habe ansonsten nur Mattenschanzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Mitfinanzierung der hauptamtlichen Trainerstelle beim Landesleistungszentrum für Skisprung in Schwäbisch Gmünd-Degenfeld wird für den kommenden Olympiazklus (01.01.2023 bis 31.12.2026) fortgeführt.
2. Der Zuschuss erfolgt wie bislang an die SBW Leistungssport GmbH der Skiverbände Baden-Württemberg und beläuft sich künftig auf 25.000 Euro jährlich.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Zuschüsse an die Mitgliedsvereine des Stadtverbands Musik und Gesang; Mittelverteilung 2022 Vorlage: 219/2022

Protokoll:

Herr Häcker erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Kaiser/CDU (als Vertreter des Stadtverbands Musik und Gesang) freut sich, dass sich der Verwaltungsausschuss damit beschäftigt und dass man die Vereine unterstütze. Man habe 55 Konzerte im vergangenen Jahr abgehalten, der Chorbetrieb sei schwierig. Durch die Corona-Pandemie habe man zwei Jahre Jugendarbeit verloren, bei der man die Jugendlichen nicht von den Schulen in die Jugendausbildung integrieren konnte. Man fördere die Jugendlichen v.a. in der Musikschulförderung. Im neuen Jahr seien viele Aktionen geplant. Am 08.01.2023 sei der Neujahrsempfang, von Muttertag bis Oktober

würden Serenadenkonzerte stattfinden.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass es immer wichtig und sinnvoll sei. Die Frage sei, welche finanziellen Möglichkeiten die Stadt habe, was sei machbar und was nicht? Es sei bei kulturellen Angelegenheiten schwierig, man werde aber zustimmen. Sie erkundigt sich, warum alle Kirchenchöre und Schülerchöre keine Förderung erhalten würden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es eine Festlegung sei, die alle Vereine getroffen hätten. Die Kirchenchöre würden Unterstützung von der Kirche erhalten. Herr Häcker betont, dass es sich nur auf die Mitgliederförderung beziehe.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, warum die St. Michaels-Chorknaben einen so hohen Betrag bekommen würden und warum der Zuschuss im Stadtteil Herlikofen so hoch ausfallen würde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Dirigent so hohe Kosten verursache. Zu den Zuschüssen recherchiere man und reiche die Antwort nach.

Stadtrat Dr. Beck/SPD bedankt sich für den Vortrag, er schließt sich den Vorrednern bei der Bedeutung der Musik an. Er erkundigt sich, ob es einen konkreten Überblick zu den Anmeldezahlen vor und nach Corona gebe.

Stadtrat Kaiser/CDU antwortet, dass die Jahrgänge der 2. und 3. Klasse nicht erreicht werden konnten, es seien etwa 10 Prozent weniger im Vergleich zum letzten Jahr, konkret seien es 65 Personen weniger.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man einen kulturellen Wandel erlebe, den es vor Corona bereits gegeben habe, der durch Corona aber verstärkt sei. Der kulturelle Wandel beziehe sich auf die Themen Chor – Kinderchor – Singen. Diese klassische Form zünde nicht mehr. Es sei daher auch die Aufgabe der Vereine, entsprechende Angebote zu schaffen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE signalisiert ebenfalls Zustimmung. Die Schülerschaft würde heterogener werden. Er erkundigt sich, welche Ideen es gebe, um die Kinder abzuholen. Es gebe auch viele Familien, in denen das Geld knapp sei. Daher erkundigt er sich nach Fördermöglichkeiten.

Stadtrat Kaiser/CDU antwortet, dass die Musikschulförderung 40 Prozent über 7 Jahre betrage. Voraussetzung sei, dass man aktiver Musiker sei und sich in die Vereinsarbeit einbringe. Es sei ein wichtiger Anreiz.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man auch versuche, Kinder aus Flüchtlingsfamilien mit reinzunehmen und Angebote zu schaffen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass der Neuanfang nach Corona nicht einfach gewesen sei. Man müsse nach neuen Formaten schauen. Man müsse innovativer unterwegs sein. Die Vielfalt sei groß. Der Betrag könne sich sehen lassen. Wichtig sei, dass es im Einvernehmen mit den Vereinen festgelegt werde. Sie erkundigt sich, warum es 0,5 Konzerte gebe und warum so wenige große Konzerte stattgefunden hätten.

ten.

Herr Häcker antwortet, dass man zwischen großen, bestuhlten und kleinen Serenadenkonzerten unterscheide. Wenn zwei Vereine ein gemeinsames Konzert machen würden, dann bekomme jeder Verein ein halbes Konzert gefördert. Die hohe Anzahl der kleinen Konzerte resultiere auch daraus, dass bei den Neustart-Konzerten jeder Verein ein kleines Konzert gefördert bekommen habe.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es die Menschen mittlerweile nicht mehr anziehe. Man müsse daher Anpassungen an den kulturellen Wandel vornehmen. Man müsse verhindern, dass Ausweichquartiere, die günstiger als der Stadtgarten oder Prediger seien, stattdessen genutzt werden würden.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, welche Kriterien man erfüllen müsse, um Mitglied im Stadtverband Musik und Gesang zu werden. Es gebe auch Musiktreibende, die sich außerhalb von Vereinen engagieren wie bspw. Bands.

Stadtrat Kaiser/CDU antwortet, dass man einen Antrag stellen müsse. Dann entscheide man, ob man den Verein aufnehme oder nicht. Vom Stadtverband gebe es einen Kriterienkatalog. Wenn eine Band nur Musik mache, um Geld zu verdienen, dann sei es nicht unbedingt der passende Verein.

Stadtrat Majohr/FDP/FW den Anmerkungen von Oberbürgermeister Arnold und Stadträtin Rauscher zu. Es gebe immer mehr eine Entwicklung zur regionalen Identität. Er erkundigt sich daher, wie der Stadtverband Musik und Gesang es schaffe, die neu entstandenen Volkslieder zu integrieren.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies gemacht habe, auch das Liedbüchlein sei bekannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Für das Jahr 2022 erhalten die Mitgliedsvereine des Stadtverbands Musik und Gesang und die Tanzgruppen Barzuschüsse in Höhe von 56.320 €.
 - a) 31.000 € Konzertförderung (Anlage 1a), Zusätzliche Mitglieder- und Jugendförderung (ohne Tanzgruppen) (Anlage 1b) und Zuschüsse zu Dirigenten- bzw. Chorleiterhonoraren (Anlage 1c)
 - b) 17.000 € Mitglieder- und Jugendförderung (einschl. Tanzgruppen) (Anlage 2)
 - c) 4.000 € Zuschüsse zur Beschaffung von Instrumenten (Anlage 3)
 - d) 3.000 € Zuschüsse zur laufenden Unterhaltung von vereinseigenen oder angemieteten Gebäuden (Anlage 4)

- e) Die Tanz- und Trachtengruppen erhalten für das Jahr 2022 insgesamt 1.320 € (Anlage 5).
2. Die Sachleistungen für das Jahr 2022, d.h. der Wert (Mietzins, Strom u.ä.) der unentgeltlich überlassenen Übungsräume, liegen für sämtliche in der Vorlage erwähnten Gruppierungen bei 30.191,33 €. (Anlage 6).
3. Der Stadtverband erhält für die Musikschulförderung engagierter Schüler der Mitgliedsvereine im Jahr 2022 einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 7.000 €. Die Abrechnung erfolgt direkt mit der Städtischen Musikschule.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 41

nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Investitionskostenzuschuss zur Erneuerung und Erweiterung der sanitären Anlagen im Haus Luise im Kinder- und Familienzentrum Vinzenz von Paul
Vorlage: 177/2022**

Protokoll:

Herr Arnholdt erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung. Wenn man nun eine 100 Prozent-Förderung gewähre, öffne man ein Fass, dass man nie wieder zubekomme. Die Not sei groß, aber der Träger müsse auch selbst ein Interesse daran haben, dass die Anlagen in Ordnung seien. Ihm gehe es mehr darum, dass es einem dann nachhängen werde. Man tue sich dann auch schwer zu sagen, dem einen gebe man es und dem anderen nicht.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass die kirchliche Träger selbstverständlich bereit seien, Beiträge zu leisten und den Bestand in entsprechender Prozentzahl zu übernehmen. Lediglich wenn Zusätzliches geschaffen werde, werde es von Rottenburg nicht mehr bezuschusst. Die Kindergärten seien Aufgabe der Gemeinde, man sei gerne bereit es zu übernehmen, aber die Kosten müssten von der Kommune übernommen werden.

Stadträtin Heusel/SPD findet, dass es die Kirchengemeinde nicht überfordern würde. Man müsse schauen, dass man mit den Finanzen haushalte. Sie erkundigt sich, ob bei einer Ablehnung die 25 Plätze dann verloren gehen würden. Man sei nicht erpressbar.

Herr Arnholdt bejaht dies, ansonsten wäre man nicht mit 100 Prozent hineingegangen. Es gebe einen Beschluss, dass kein einziger zusätzlicher Platz gefördert werde. Es würde gegenüberstehen, dass man 25 Plätze verliere.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass Vinzenz von Paul nicht die Kirchengemeinde sei. Die Kirche habe auch nur noch begrenzte Mittel. Die Kirchengemeinden würden immer noch mit 30 Prozent bezuschussen, obwohl es eigentlich Aufgabe der Stadt sei.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE ist ebenfalls erstaunt über die 100 Prozent gewesen.

Herr Arnholdt äußert, dass der Beschluss von der Diözese Rottenburg komme.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass man eine Abstufung finden solle. Nur wenn man sage, dass es in einer bestehenden Einrichtung nachvollziehbar sei.

Herr Arnholdt äußert, dass der Vorteil der 100 Prozent sei, dass man dann auch alles bestimmen könne.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen findet, dass man keine andere Wahl habe, da man die Plätze benötige.

Stadtrat Dr. Beck/SPD führt aus, dass die Kirche noch nie so viel Kirchensteuer-Einnahmen wie die letzten Jahren gehabt habe, trotz sinkender Mitgliedszahlen. Es sei auch eine Frage der Logik. Wenn man 100 Prozent übernehme, dann könne man auch das Personal selbst übernehmen.

Stadtrat Bläse/CDU findet, dass dies eine absolute Ausnahme sei, die begründet sein müsse.

Herr Arnholdt antwortet, dass es jeweils vertraglich geregelt sei und man dies gerne aufnehmen könne.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Erneuerung und Erweiterung der sanitären Anlagen im Haus Luise im Kinder- und Familienzentrum Vinzenz von Paul in 73525 Schwäbisch Gmünd wird mit einem Betrag von bis zu maximal gerundet 62.000,00 € bezuschusst

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Festival Europäische Kirchenmusik
- Abschlussbericht zum Festival 2022
- Planansatz für das Festival 2024
Vorlage: 194/2022

Protokoll:

Herr Stemmler und Herr Häcker präsentieren den Sachverhalt.

Stadtrat Sopp/CDU bedankt sich für den Vortrag. Es sei ein bekanntes kulturelles Aushängeschild. Man sei zuversichtlich. Dennoch müsse man die Ausgaben und Einnahmen im Auge behalten. Vielleicht sei eine Deckelung eine Möglichkeit.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen findet, dass man den Deckel außerhalb vom Bericht der EKM machen solle. Er bedankt sich und spricht ein Lob aus. Es tue Schwäbisch Gmünd gut und man solle es auch weiter im Kopf haben und fördern.

Stadträtin Heusel/SPD signalisiert Zustimmung. Es sei eine super Sache.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bedankt sich ebenfalls. Es sei ein toller Bericht und toller Ausblick.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen lobt die Arbeit ebenfalls und spricht einen großen Dank aus.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste spricht ebenfalls ein großes Lob aus, die EKM habe sich immer weiter etabliert und sei ein Aushängeschild geworden, man wünsche für den weiteren Verlauf alles Gute.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 41

zu 5 Änderung der Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 133/2022

Protokoll:

Herr Hägele erläutert die einzelnen Anträge.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass es für die Festsetzung der Gebühr keine feste Formel gebe. Er erläutert, wie man auf die 120 Euro gekommen sei. Bisher handle es sich um keine Parkgebühr, sondern um eine Verwaltungsgebühr. Wenn man dies umrechne, komme man auf sehr niedrige Beträge. Man gehe davon aus, dass der Betrag auch einige Jahre Bestand haben werde. Bei Vorteilen für Bonuskarteninhaber befürchte man, dass dies auch missbraucht werden könne, bspw. wenn

jemand nur einen Zweitwohnsitz hier habe. Umgerechnet 10 Euro im Monat halte man für vertretbar. Man halte den Vorschlag daher für stimmig.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass es keinen Unterschied mache, ob es vorher eine Gebühr gewesen sei oder nicht. Man finde die Erhöhung momentan zu hoch. Wenn der Parkplatz vierfach belegt sei, müsse man es auch Vervierfachen. Wenn man es mit anderen Städten vergleiche, schieße man über das Ziel hinaus. Der Kompromissvorschlag seien 90 Euro.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich bei Stadtrat Bläse für die Rechnung. Eine Vervierfachung habe man bei der Erhöhung von 30 auf 120 Euro. Es gebe eine Diskussion und Uneinigkeit darüber, ob es eine Stadt sei, in die man mit Autos hineinfahre oder eine Stadt, in der sich die Menschen wohlfühlen. Bei manchem, was den Verkehr angehe, sei man auch schon weiter gewesen. Bei den P+R-Parkplätze am Stadtrand sei man aber keinen Schritt weitergekommen. Je weniger Autos in die Stadt kommen würden, desto besser. Daher sehe man die Parkgebühren als gewisses steuerndes Instrument. Die Kurzzeitparkgebühren könne man so lassen wie von der Verwaltung vorgeschlagen. Darüber hinaus beantrage man, dass E-Fahrzeuge nach gesetzlicher Definition weiterhin kostenfrei im Rahmen der zulässigen Höchstparkdauer parken dürfen. Darüber hinaus solle es beim Anwohnerparken eine Staffelung nach Fahrzeuggewicht geben. Ab 2.000 kg solle die Jahresgebühr 180 Euro betragen. Darunter seien 120 Euro in Ordnung.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass 40 Prozent der neuzugelassenen Fahrzeuge bereits E-Fahrzeuge seien.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass man 120 Euro im Auge habe. Auch bei 90 Euro gehe man mit. Bei den E-Fahrzeugen könne man sich dem Antrag der Grünen anschließen. Die Befreiung für die Bonuskarte müsse rechtssicher gestaltet und praktikabel für die Verwaltung sein.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass Gebührendiskussionen immer schwierig seien. Mit dem Vorschlag der Verwaltung könne man gut leben, es gehe nicht um eine Vervierfachung, bisher sei es gedeckelt gewesen. Jede Stadt müsse sich individuell Gedanken machen. 120 Euro pro Jahr seien eher steuernd als im ersten Schritt auf 90 Euro zu gehen. Es wäre wichtig, auf die 120 Euro zu gehen. Umliegende Städte würden schauen, was Schwäbisch Gmünd mache und würden dann nachziehen. Die Bonuscard sehe man als soziale Abfederung und halte man für sinnvoll. Das Modell sei nichts Neues, dies gebe es bspw. auch in Tübingen. Die Bonuscard sei das, was man daraus mache. Missbrauch sei ausgeschlossen, da auf der Vorderseite der Name des Inhabers und auf der Rückseite die Familienmitglieder stehen würden. Man erhalte den Antrag aufrecht.

Herr Hägele äußert Bedenken, da mit der Bonuscard dann auch Anwohnerparkausweise von anderen Fahrzeugen beantragt werden könnten. Man sei rechtlich in einem Graubereich beim Zusammenspiel zwischen Gebühren nach der Straßenverkehrsordnung und Rabatten.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen zeigt sich verwundert, dass man erneut dieselbe Vorlage bekommen habe. An der Haltung habe sich nichts geändert. Die

schlägt für das Anwohnerparken 90 Euro vor. Man müsse auch nicht vor anderen Städten voranpreschen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste könnte persönlich sowohl dem Verwaltungsvorschlag als auch der CDU folgen, man bespreche es mit der Fraktion nochmals. Es gehe nicht, dass E-Autos umsonst parken. Wer solle das kontrollieren, wenn man die Höchstparkdauer überschritten habe. Es sei auch ungerechnet.

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich nach dem Verwaltungsaufwand.

Herr Hägele äußert, dass der Verwaltungsaufwand relativ gleich sei. Die E-Fahrzeuge müssten dann eine Parkscheibe reinlegen.

Erster Bürgermeister Baron fasst zusammen, dass sich eine Mehrheit für 90 Euro abzeichne. Er schlägt daher eine Staffelung vor, sodass man zunächst auf 90 Euro erhöhe und es 2025 auf 120 Euro erhöhe.

Stadtrat Sopp/CDU äußert, dass man es zwei Jahren beobachte und dann erneut diskutieren solle. Man wolle dann auch eine Statistik, ob die Zahlen tatsächlich zurückgehen.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass man es auf zwei Jahre befriste und dann erneut aufrufe mit den Vorschlägen der Verwaltung.

Stadtrat Bläse/CDU findet es gut, wenn es in zwei Jahren nochmals aufgerufen werde. Hoffentlich habe man in zwei Jahren bessere Zeiten und nicht die nächste Krise. Man solle in zwei Jahren nochmals beraten.

Stadtrat Dr. Beck/SPD signalisiert Zustimmung für den Kompromissvorschlag.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass die Mehreinnahmen zugunsten des ÖPNV nicht direkt verwendet werden können, sondern der Gemeinderat dies im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts hineinfließen lassen könne.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich nach der Höhe der Stellplatzablösegebühr im Vergleich zu Nachbarkommunen.

Herr Hackner erläutert, dass man drei Zonen habe: 4.000 Euro in der Innenstadt, im Randbereich 2.400 Euro und in den Stadtteilen 1.400 Euro. Aalen habe zwei Zonen, Zone 1: 10.000 Euro, Zone 2: 6.000 Euro. Göppingen habe Korridore zwischen 2.500 und 10.000 Euro. In Schorndorf würde diese nur für die Altstadt anfallen, 9.200 Euro.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 6 **Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen
(Erschließungsbeitragssatzung)
Vorlage: 186/2022**

Protokoll:

Frau Fried stellt den Sachverhalt vor.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bedankt sich für den Vortrag. Sie erkundigt sich, was sich der Sache nach ändere und warum in §2 die urbanen Gebiete neu aufgenommen worden seien. Außerdem möchte sie wissen, ob Parkbuchten und Grünzonen generell herausgenommen seien. Sie bittet außerdem darum, bei Anlage 2 einen Absatz bei § 20 einzufügen.

Frau Fried antwortet, dass das urbane Gebiet 2006 noch nicht bestanden habe und nun neu hinzukomme. Bei den Grünzonen gebe es gewisse Regeln. Alle Kosten, die zur Straße beitragen, könnten umgelegt werden. Die Grünflächen zählen hier nicht dazu. Es sei nur ein Teil des Bebauungsplans, wenn man die Kosten umlege.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob geprüft worden sei, ob im Vergleich zur bisherigen Satzung Mehrkosten entstehen würden. Bei § 15 passe die Erläuterung nicht zum geänderten Text.

Frau Fried antwortet, dass die Stadt immer 5 Prozent und die Anlieger 95 Prozent der Kosten tragen würden. Daran habe sich nichts geändert. Bei einer Neubebauung sei die Anzahl der Vollgeschosse immer festgelegt. Bei § 15 gehe es darum, dass man bisher 90 Prozent des voraussichtlichen Erschließungsbeitrages vorab erheben konnte, künftig sollen es bis zu 100 Prozent sein.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass die Kosten für den Erwerb des Grundstücks beitragsfähig seien und erkundigt sich, ob man dies bisher nicht umgelegt habe und dies nun neu hinzukomme.

Frau Fried antwortet, dass der Erschließungsbeitrag immer je Baugebiet festgelegt werde und es nichts Neues sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 7 **Neufassung der Geschäftsordnung für die Betriebsleitung des Eigenbetriebs
"Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd" mit Vertretungsregelung
Vorlage: 160/2022**

Protokoll:

Herr Grill erläutert den Sachverhalt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Neufassung der als Anlage 1 beigefügten Geschäftsordnung für die Betriebsleitung des Eigenbetriebs „Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd“ zu.
2. Die vorgesehene Vertretungsregelung wird zur Kenntnis genommen

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, CCS

nachrichtlich an Amt:

zu 8 Bekanntgaben

zu 8.1 Schließung der Dienststellen

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold weist nochmals darauf hin, dass alle Dienststellen in der Zeit vom 23.12.2022 bis 01.01.2023 geschlossen seien.

zu 8.2 Tempo 30 in der Gutenbergstraße

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass die Gutenbergstraße zum Jahresbeginn auf Tempo 30 reduziert werde.

zu 9 Anfragen**Protokoll:**

Keine.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.